für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,– Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,–

Lassen Sie sich nichts Falsches eintrichtern!

Eine hohe Auflage oder ein Meinungsmonopol garantiert noch keine wahrheitsgemäße Berichterstattung. Ja, für gewöhnlich stehen die gleichgeschalteten österreichischen Massenmedien mit der Wahrheit sogar auf Kriegsfuß. Besonders, was die Politik betrifft.

Es kann daher nicht schaden, wenn Sie sich auch anderweitig informieren. Zum Beispiel in der Zeitschrift „für die volksmacht", denn diese wird von uns Marxisten-Leninisten gemacht, und wir vertreten weder die Interessen der Industriellenvereinigung noch die der Regierung, sondern die der Arbeiter.

„für die volksmacht" erscheint jährlich 17mal, der Einzelpreis beträgt S 3,–, das Jahresabonnement S 50,–. Wenn Sie kostenlose Probehefte oder ein Abonnement bestellen wollen, dann schreiben Sie bitte an: VRA, 1205 Wien, Postfach 3.



„Für die Volksmacht", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße Nr. 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,– Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,–

Nummer 98, April 1975



„Weshalb denn immer so mißtrauisch, Leutln. Wir sind gerade wieder dabei, der Regierung in Südafrika einen Korb zu geben."

Mehr darüber auf Seite 5

»Im Namen der herrschenden Klasse!«

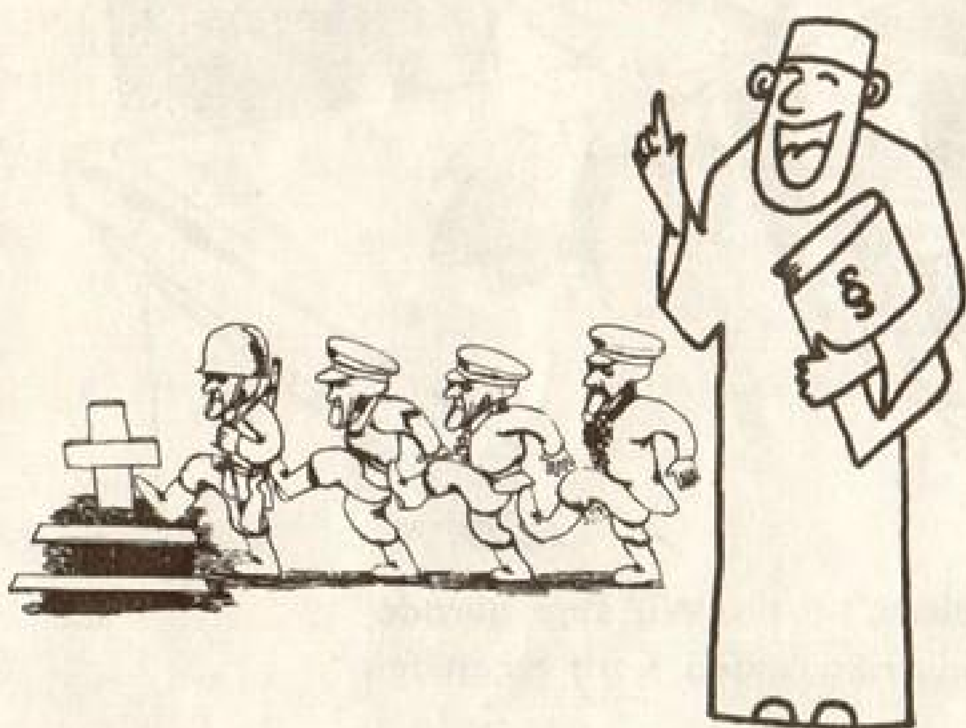
6 Monate bedingt für den Hauptangeklagten eines Schleiferprozesses. Dieses Urteil wurde am 15. März 1975 vom Kreisgericht Krems, Vorsitz OLGR Dr. Schlinger, gesprochen. Ebensolche "Strafen" wie Stabswachtmeister Wallechner erhielten die Mitangeklagten Offiziersstellvertreter Sandhacker (4 Monate bedingt) und Oberleutnant Hansen (sechs Wochen bedingt). Hauptmann Schrötter wurde freigesprochen.

Dieser "Wahr"spruch im Namen der Republik beweist eindeutig, wer in dieser Republik die Macht besitzt und wer die angeblich unabhängigen Gerichte dirigiert – die herrschende Kapitalistenklasse.

Dr. Schlinger sagte gleich zu Beginn des Prozesses, dies sei kein Prozeß gegen das Bundesheer, sondern nur ein Prozeß gegen einige Militärpersonen, bei denen man prüfen müsse, ob sie sich etwas zu Schulden kommen haben lassen.

Mit solchen und ähnlichen Aussagen wollte man die Angeklagten als "Einzelfälle" hinstellen und die politische Bedeutung dieses Prozesses verleugnen. Aber die Urteile machen all diese Verschleierungsmanöver mit einem Schlag zunichte. Sie sprechen nämlich eine zu deutliche Sprache.

Gerade die Kapitalistenklasse, in deren Dienst das Bundesheer steht, hatte einerseits fürchterliche Angst, daß dieser Prozeß ins politische Fahrwasser kommen würde. Allzuleicht hätten dann nämlich Tatsachen an den Tag kommen können, die die Verquickung dieser oder jener Praktiken beim Bundesheer mit gesellschaftlichen Zusammenhängen ungeschminkt erkennen lassen. Andererseits mußte man aber den Schein des Rechtsstaates wahren und den angeblich "schwarzen Schafen" den Prozeß machen.



Doch ging es den Herrschenden bei den allzu milden Urteilen nicht darum, einige etwas zu "pflichtbewußte" Chargen vor härteren Strafen zu schützen, sondern es ging ihnen um viel mehr: Bei größeren Strafen hätte sich der bürgerliche Staat ins eigene Fleisch geschnitten, da dadurch der Wandl-Prozeß zu einem Präzendezfall geworden wäre, der eine Kette von ähnlichen Prozessen hätte auslösen können. Und dann hätte man den politischen Hintergrund nicht so leicht vertuschen können. Die bürgerliche Klasse sah also – entgegen ihren Behauptungen – in dem Fall Wandl eine große politische Gefahr.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, einen Blick in die großbürgerliche "Presse" zu werfen. Sie beschwert sich darüber, daß der Wandl-Prozeß den Angeklagten gegenüber nicht "fair" genug abgewickelt werden "konnte", da die öffentliche Meinung schon vor Prozeßbeginn gegen diese voreingenommen gewesen sei, "...und daß demnach der Spruch des Gerichts im Grunde nur nachvollzieht, ja nachvollziehen muß, was die veröffentlichte Meinung längst getan hat: das Urteil zu verkünden." ("Presse" v. 18.III.1975). Und die "Presse" gibt auch die Antwort, warum es überhaupt zu einem Urteil kommen hatte müssen. Denn "stünde der Ausbildner Kurt Wandls heute als rehabilitierter Mann da, wäre nicht nur verständlich, daß der Vater des unglücklichen Jungmanns vollends an dem verzweifeln müßte, was man wohl auch in diesem Fall als Gerechtigkeit bezeichnen kann. Dann wäre vielmehr das Gekläff der Heeres-Kannibalen und Pseudopazifisten von neuem losgegangen, diesmal nicht nur gegen das Militär, sondern auch gegen die Justiz. Autoritäten von da wie dort hätten sich verschworen, hätte es geheißen."

Hier wird mit einer unverschämten Offenheit zugegeben, daß es der Bourgeoisie am liebsten gewesen wäre, wenn es gar keinen Prozeß gegeben hätte. Und damit wird auch mit einem Mal klar, welch eminent politische Bedeutung der Fall Wandl hat.

Es geht längst nicht mehr um den tragischen Tod des Rekruten Wandl oder um seine Schleifer. Nicht einmal nur um das Bundesheer als solches. Es geht vielmehr um ein gesellschaftliches Problem.

Nicht allein die Ausbildner des Kurt Wandl sind an seinem Tod schuld. Sie sind keine Einzelfälle. Dies beweist schon die Erfahrung von tausenden Präsenzdienern, die alle von schikanösen "Ausbildungs"methoden berichten können. Diese Methoden sind weitverbreitet im Bundesheer. Doch liegt dies im Grunde eben nicht an Einzelpersonen, sondern in den gesellschaftlichen Zusammenhängen. Das Bundesheer ist eben ein Machtorgan der herrschenden Kapitalistenklasse. Als solches dient es weniger zur Verteidigung nach außen als zur Unterdrückung des eigenen Volkes. Es hat eine doppelte Funktion: Einerseits (und das ist unabhängig vom individuellen Fall Wandls) sollen junge Werktätige auf ihre Rolle als Unterdrückte im zukünftigen Leben vorbereitet werden. Andererseits besteht die Hauptaufgabe des bürgerlichen Heeres – und die geschichtlichen Erfahrungen beweisen es – darin, bei "Unruhen" gegen die eigene Bevölkerung im Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse vorzugehen.

Der Wandl-Prozeß ist ein handfester Beweis für diese Feststellung. Die Geisteshaltung, die für das in seiner Milde skandalöse Urteil wohl ausschlaggebend war, kam im Plädoyer des Wallechner-Verteidigers Stern zum Ausdruck. Unter Hinweis auf seine Erlebnisse im ersten imperialistischen Weltkrieg (in der "Schlacht am Isonzo bei 40 Grad Hitze") erklärte dieser mit aller brutalen Offenheit: "Die Ausbildung kann nicht hart genug sein."

So gesehen sind die Hitzeerlässe des Verteidigungsministeriums, Vorschriften über Dienstaufsicht, Beschwerderecht usw. nichts als wertlose Fetzen Papier. Die Schleifermethode ist eben die Methode der Ausbildung in einem kapitalistischen Heer.

In einem Heer, das den Interessen des Volkes, seiner Sicherheit und nationalen Unabhängigkeit dient, ist es absolut sinnlos, die Wehrmänner bis zur Bewußtlosigkeit zu drillen, sondern es ist im Gegenteil notwendig, in ihnen das Bewußtsein ihrer Aufgabe zu wecken und zu stärken.

Dies ist aber nur möglich in einem Volksheer, das von der Volksmacht, also von der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen geleitet und kontrolliert wird. Der Prozeß und die Urteile bestätigen die Schlußfolgerung, welche die VRA anläßlich des Todes des Präsenzdieners Wandl gezogen hat:

"Neutralität und Unabhängigkeit müssen verteidigt werden. Sie können es aber nur, wenn das Volk sein Schicksal in die eigenen Hände nimmt und sich selbst bewaffnet. Wir treten daher für eine bewaffnete Neutralität durch allgemeine Volksbewaffnung auf konsequenter demokratischer Grundlage ein.

Voraussetzung dafür ist das Vorhandensein einer starken revolutionären Partei der Arbeiterklasse, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht. Eine solche Partei wird imstande sein, die breitesten Schichten der österreichischen Bevölkerung, die für die Verteidigung der Unabhängigkeit und Neutralität kämpfen wollen, zusammenzuschließen, die allgemeine Volksbewaffnung auf demokratischer Grundlage herbeizuführen und notfalls einen siegreichen Volkskrieg zu leiten. Für die Schaffung einer solchen Partei kämpft die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)." ●

Schöne Leich' und Kabarett

Der Österreicher, so heißt es, habe einen Hang zum Makaberen. Als Beweis für diese Behauptung dient jedermanns (angeblicher) Wunsch nach einer „schönen Leich", die Heurigen-Himmelfahrtsduselei und der in der Pestgrube seinen Rausch ausschlafende liebe Augustin.

Daß allerdings der 18jährige Soldat Kurt Wandl gern darauf verzichtet hätte, eine schöne Leich' zu haben, das dürfen wir wohl voraussetzen. Und daß nicht irgendwelche Durchschnittsösterreicher, sondern Regierungsmitglieder höchstpersönlich beim Heurigen „Verkauft's mei Gwand, i fahr in Himmel"





singen, das entnehmen wir des öfteren der „Kronen-Zeitung"-Hofberichterstattung. Überhaupt scheint der Hang zum Makaberen eher eine Eigenschaft der „Kronen-Zeitung" zu sein, sonst hätte sie doch nicht zu Beginn des Wandl-Prozesses ein großes Titelfoto bringen können, auf dem ausgerechnet der Schleifer Wallechner jenen Ort zeigt, an dem sein Untergebener den Tod fand. Schade, daß zu diesem Zeitpunkt dem Fotografen die Leiche Wandls nicht mehr zur Verfügung stand, sonst hätte er eine weitere schaurige Vision ins Bild bringen können, nämlich, wie Wallechner nach Weidmannsart seinen Fuß auf das Opfer setzt. Dazupassender Bildtext: Hier brachte der Stabswachtmeister den Präsenzdiener zur Strecke.

Sosehr aber die kleinformatige Tageszeitung das Makabere liebt, sosehr schätzt das österreichische Gerichtswesen anscheinend den unfreiwilligen Kabarettgspaß. Zum Beispiel, wenn behauptet wird, der Prozeß gegen Wandls Vorgesetzte sei keinesfalls ein Prozeß gegen das Bundesheer, und wenn dann die Angeklagten demonstrativ — und mit allerhöchster Erlaubnis in Uniform vor den Richter treten. Oder wenn der Staatsanwalt dem Hauptschuldigen versichert: „Ich habe Hochachtung vor Ihnen". Oder wenn Staatsanwalt und Richter zum Gaudium der Gerichtssaalkiebitze abwechselnd fuchsteufelswild den Saal verlassen, um Minuten später an ihren Platz zurückzukehren, als wäre nichts geschehen.

Jäh vom Kabarett in einen Gruselfilm zurückversetzt fühlt man sich jedoch, wenn sich während der Gerichtsverhandlung herausstellt, daß nicht nur die Schleifer-Platzeks, sondern möglicherweise auch einige Ärzte ihren Anteil an Wandls Tod haben. Ein paar Koryphäen der weltberühmten Wiener medizinischen Schule behandelten den an körperlicher Erschöpfung und an Hitzschlag sterbenden Soldaten gegen Schizophrenie (eine Geisteskrankheit)! Wozu zur harmonischen Abrundung aller dieser seltsamen Geschehnisse noch erwähnt sei, daß Wandls Krankengeschichte aus einem Kasten der psychiatrischen Klinik in Wien gestohlen worden war (nach anderer Version nur verschlampt), aber grad noch rechtzeitig vor Prozeßbeginn von einem Unbekannten auf einer Schutthalde „gefunden" wurde, was dem Verteidiger der Angeklagten natürlich sehr gelegen kam. Apropos Verteidiger. Weil Terror sehr publikumswirksam ist, deshalb erhielt der Herr Rechtsanwalt auch prompt telefonische Morddrohungen, was ihm zu vermehrter Publicity und den Asphaltblättern zu willkommenen Schlagzeilen verhalf.

Daß trotz der Ablenkungsmanöver, trotz Diebstahls- und Raubersgschichten und trotz staatsanwaltlicher Hochachtung vor uniformierten Gesetzesbrechern das Gericht dann doch über drei der vier angeklagten Militärs bedingte Strafen verhängte, das muß unter diesen Umständen fast überraschen. Aber es lag wohl an der bundesheerfeindlichen Einstellung der Bevölkerung, daß man sich die Schleifer nicht ganz freizusprechen getraute.

Wandls Vorgesetzte sind jedoch durch die — ohnedies nur symbolischen — bedingten Strafen gekränkt. Weshalb sie sich von der nächsten Instanz eine Aufhebung des Urteils erhoffen. Denn man wird doch in einem makaberen Rechtsstaat noch hin und wieder über eine Leiche gehen dürfen. ●

Die kapitalistische Ausbeutung am Beispiel der BRD

Verschiedene statistische Untersuchungen in der BRD haben das Märchen vom guten Leben der Arbeiter gründlich widerlegt.

So hat eine Umfrage bei 5.800 Arbeitern, die - nach dem Zufallsprinzip ausgewählt - über ihre Arbeitsbedingungen befragt wurden, folgendes Resultat ergeben: Ein Drittel erklärte, die Arbeitsanforderung sei sehr stark, 45 Prozent erklärten, daß sie die höchstmögliche Arbeit leisten, und 14 Prozent erklärten sich bezüglich ihrer Arbeitsleistung für überfordert!

In einer Studie über Gesundheit und soziale Schichtung der Bevölkerung in Hannover, angeregt durch eine gleiche Untersuchung in Los Angeles (USA) kam man zu folgenden bezeichnenden Ergebnissen:

Die Sterblichkeit der sozial höchsten Schichten macht nur zwei Drittel der sozial niedrigsten Schichten aus, und dies trotz Fortschritts der medizinischen Wissenschaft und Ausbaus des Gesundheitswesens.

Die hohe Anzahl der tödlichen Arbeitsunfälle beweist die Tatsache, daß die Zahl aller Unfälle (Verkehr, Haushalt und Arbeit) bei den sozial niedrigsten Schichten zweieinhalb Mal so hoch ist als bei den sozial höchsten Schichten.

Bei uns in Österreich liegen die Dinge natürlich ganz anders: Erstens werden solche Untersuchungen nicht gemacht, und zweitens, wenn solche oder ähnliche Untersuchungen gemacht würden, würden sie nicht veröffentlicht werden. ●



Wofür ist Bruno Kreisky: **Rassisten oder Dritte Welt?**

Zur Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der schwarzen Bevölkerung in Rhodesien und Südafrika hat die UNO-Vollversammlung einen Wirtschaftsboykott gegen die weißen Rassistenregimes in diesen Ländern verhängt. Österreichische Firmen haben sich jahrelang nicht an diesen Boykottbeschluß gehalten, darunter auch die verstaatlichte VÖEST.

Zur Zeit plant die Konzernleitung der VÖEST-Alpine eine Wirtschaftskooperation mit der rassistischen Minderheitsregierung in Südafrika, die langjährige Milliardeninvestitionen vorsieht. Dagegen haben sich Außenminister Bielka und Bundeskanzler Kreisky unter Hinweis auf die UNO-Resolution ausgesprochen. In den reaktionären Kreisen Österreichs - bis hinein in die SPÖ - herrschte darüber helle Empörung. Diese Herrschaften schreien jetzt lautstark über eine "Bedrohung der unternehmerischen Freiheit", von "mutwilligen Milliardenverlusten", und sie versuchen auch die VÖEST-Arbeiter für ihre reaktionäre Stützung des Faschistenregimes in Südafrika zu gewinnen, indem sie von "gefährdeten Arbeitsplätzen" im Fall der Stornierung des Südafrikaprojekts reden. Dieselben Leute haben aber kein Wort verloren, als im Vorjahr den amerikanischen Besitzern der Junior-Werke in Köflach Millionenbeträge zugeschanzt wurden und trotz allem heuer der Betrieb zugesperrt wurde und 600 Arbeiter auf die Straße flogen.

Wir brauchen uns keinen Illusionen hinzugeben. Zweifellos ist kein Regierungsmitglied über Nacht ein antirassistischer Vorkämpfer geworden. Die Äußerungen von Bielka und Kreisky widerspiegeln die gewaltig gestiegene Bedeutung und Stärke der Länder der Dritten Welt, denen die österreichische Bourgeoisie Rechnung tragen muß. Indem erstmals versucht wird, die Resolution der UNO zu beachten, richten sich Teile der österreichischen Bourgeoisie eben nach der Realität. Im Interesse von (sehr) guten Wirtschaftsabkommen mit den Entwicklungsländern der Dritten Welt will man sich natürlich so wenig Blößen wie möglich geben oder gar als Unterstützer der südafrikanischen Rassisten gebrandmarkt werden (Österreich ist von der UNO bereits einmal auf die Verletzung der Resolution aufmerksam gemacht worden).

Schon der erste Ansturm der Reaktion gegen die "Bedenken" Kreiskys und Bielkas gegen das Südafrika-Projekt zeigte, daß es nicht weit her ist mit der Absicht, sich an die UNO-Resolution zu halten bzw. ehrlich mit den Ländern der Dritten Welt zusammenzuarbeiten. Die ersten Rückzieher sind bereits da und "endgültig wird erst entschieden werden müssen", hört man nun.

In jeder Hinsicht liegt es im Interesse der werktätigen Bevölkerung, daß Österreich eine Politik der Zusammenarbeit mit den Ländern und Völkern der Dritten Welt betreibt, die sich dafür aussprechen, daß sich die Beziehungen zwischen den Ländern zum gegenseitigen Nutzen entwickeln sollen. Eine Unterstützung der Rassisten-Regierung in Südafrika - darauf läuft aber das Südafrika-Projekt der VÖEST letzten Endes hinaus - liegt nicht auf dieser Linie.

Den reaktionären Kreisen, die für die Durchführung des Geschäfts mit dem weißen Unterdrückerregime in Südafrika eintreten, muß daher entschieden entgegengetreten werden. Auch darum müssen sich die arbeitenden Menschen kümmern, besonders die Marxisten-Leninisten. Liegt das doch auch im Interesse der um ihre Freiheit kämpfenden Völker in Azania (Südafrika) und Simbabwe (Rhodesien).

Auf der Bezirkskonferenz des ÖGB in Gänserndorf hat Genosse Jocha verlangt, daß die Delegierten (Betriebsräte und Vertrauensleute hauptsächlich aus ÖMV-Betrieben) in einer Entschließung die Stornierung des Südafrika-Projekts unterstützen. Dazu kam es nicht, da ÖGB-Sekretär und Nationalrat Hofstetter auf "noch zu führende Gespräche" hinwies. Nach dem Willen der "Führer" sollen die Arbeiter eben ohne nachzudenken alles fressen, was ihnen vorgesetzt wird. Das muß aber endlich aufhören. Denn es zeigt sich auf allen Gebieten: Die Arbeiter müssen auf ihre "Führer" pfeifen und ihre Interessenvertretung, ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Sonst gedeiht nämlich unser modernes Sklavendasein noch zu größter Vollendung. ●

Mit unseren Beitragsgeldern

Vor einigen Jahren meinte der damalige BAWAG-Generaldirektor Klenner sinngemäß, der ÖGB brauche eine Bank, weil man die Gewerkschaftsgelder "richtig arbeiten zu lassen habe". Was nichts anderes heißt, als daß man Profite mit diesen Geldern scheffeln müsse. Sie aber fur Streikunterstützungen zu verwenden, so meinte Klenner, wäre "gefährlich" und werde "hoffentlich" auch in Zukunft nicht der Fall sein. Der nachfolgende Artikel, den wir der "Arbeiterstimme" des Marxistisch-leninistischen Bundes Tirol (MLB/T) entnehmen, zeigt auf, was u.a. die waschechten Kapitalisten an der Spitze des ÖGB mit den Gewerkschaftsgeldern machen.

"In Innsbruck wurde vor zwei Jahren ein Prunkbau - die sogenannten 'Terrassenhäuser' auf der Höhenstraße - fertiggestellt. Der ganze Komplex umfaßt 54 Wohnungen, natürlich Eigentumswohnungen, mit allem Drum und Dran. Für die Bewohner gibt's alle Annehmlichkeiten: ein eigenes Schwimmbad, Sport- und Aufenthaltsräume usw. Auf den Terrassen vor den Wohnungen ziehen sich Blumenbeete von insgesamt zwei Kilometer Länge, die ein eigener Gärtner betreut. Ein Hausmeisterehepaar hält die Wohnungen stets bezugsfertig aufgeräumt und geheizt.

Das ist keine leichte Arbeit, denn bis auf zwei standen noch vor kurzem alle Wohnungen leer. Und selbst diese zwei Wohnungen wären nur deshalb besetzt, weil sie von der Baufirma - wie man munkelt - an die Architekten verschenkt worden seien. Der Grund für das fast zweijährige Leerstehen des Prunkbaus ist nun der, daß die Wohnungen so unverschämt teuer sind, daß sie sich niemand leisten kann. So mußte die Baufirma vor ein paar Monaten mit dem Preis drastisch heruntergehen. Dadurch ist es mittlerweile gelungen, acht weitere Wohnungen loszubringen.

Aber noch immer ist der Preis der Eigentumswohnungen so eklatant hoch, daß der Großteil der Wohnungen leer steht, obwohl es in Innsbruck tausende Wohnungssuchende gibt. Die Baufirmen wollen eben Geld scheffeln...

So plant die gleiche Baufirma in Innsbruck ein weiteres Projekt von Terrassenhäusern, gegen welches sich das fertige Terrassenhaus in Hötting direkt wie ein Einfamilienhaus ausnimmt. Auf den sogenannten Peer-Gründen nördlich des Flughafens soll ein Komplex mit sage und schreibe 1.200 Wohnungen emporwachsen. Dieses gigantische Vorhaben zeigt, daß es sich lohnen muß, selbst wenn nur ein geringer Prozentsatz (im Höttinger Terrassenhaus 10 von 54) Wohnungen verkauft ist.

Der Clou der ganzen Sache kommt, wenn man hinter die Kulissen blickt. Besagte Baufirma heißt INFRABAU und ist offiziell eine deutsche Firma. Besitzer der Firma ist aber neben der "Neuen Heimat" (die eng mit dem deutschen Gewerkschaftsbund verbandelt ist) zu einem großen Teil die BAWAG, die Bank des österreichischen Gewerkschaftsbundes.

Und diese Bank macht mit unseren Gewerkschaftsbeiträgen Bombengeschäfte. Anstatt billige zweckmäßige Wohnungen für die Arbeiter und Werktätigen zu bauen, stellt die "Arbeiterorganisation" ÖGB für einen Normalsterblichen unerschwingliche Prunkbauten hin, weil das eben mehr Geld bringt. Dabei ist es die größte Sauerei, daß eine Organisation, die für Arbeiter von Arbeitern gegründet wurde, überhaupt auf den Schultern der Arbeiter Profite macht.

Aber anstatt Streikgelder zu zahlen, in Not geratene Arbeiter zu unterstützen usw., betreiben die Gewerkschaftsbonzen lieber dicke Geschäfte. Sie schanzen sich die Profite in Form ihrer unverschämten Löhne und Entschädigungen zu. Und solche Herren nennen sich dann Arbeitervertreter! Scheffeln durch unsere Arbeit Profite und wir sollen obendrein noch Mitgliedsbeiträge an sie zahlen, damit das Kapital der BAWAG zusätzlich laufend aufgestockt wird!

Den eigentlichen Zweck, eine Organisation der Arbeiter für den Kampf gegen die Unternehmer zu sein, kann der ÖGB, der über seine Bank selber einer der größten Kapitalisten ist, natürlich nicht mehr erfüllen." Das sahen wir bei den letzten großen Streikkämpfen in Österreich (z.B. Böhler, Hukla, Schwertberg), wo die Gewerkschaft die Zahlung von Streikunterstützung überhaupt abgelehnt hat bzw. an die Zahlung der Unterstützung Bedingungen geknüpft hat, um den Kampf abzuwürgen.

"Der ÖGB - früher eine Organisation der Arbeiter zu ihrem eigenen Nutzen - ist heute nicht einmal mehr eine Versicherung, denn Versicherungen zahlen manchmal."

(Von der Redaktion geringfügig gekürzt) ●

Nicht Phrasen über „Kampf um die Gewerkschaft", sondern Massenarbeit in den Betrieben!

Eine Unternehmergewerkschaft



Auf einer Versammlung von Mitgliedern und Sympathisanten des KB Tirol, des MLB(T) und der Tiroler Landesgruppe der VRAÖ(ML), die am 8. März in Innsbruck stattfand, führte unser Genosse W.B. u.a. folgendes aus:

Was heißt: die Arbeiter zusammenschließen zur Gewerkschaftseinheit gegen einzelne Kapitalisten oder Kapitalistenverbände zum wirtschaftlichen Kampf?

Das heißt zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichts anderes, als die Arbeiterklasse den Arbeiterverrätern zuzutreiben, in deren Händen sich die Gewerkschaften nunmehr befinden.

Das heißt, die Arbeiter vom selbständigen Kampf um wirtschaftliche oder politische Ziele abzuhalten.

Das heißt, genau in jene Falle zu laufen, welche die Arbeiterverräter, die die Führung der bestehenden Gewerkschaften fest und unwiderruflich in ihren Händen halten, aufgebaut haben.

Warum wohl verkünden die Bonzen an der ÖGB-Spitze am lautesten die an und für sich richtige Losung von der Einheit der Arbeiterklasse, von der Einheitsgewerkschaft? Doch nur deshalb, weil sie - die Bonzen - die Arbeiter fest unter ihrer Kontrolle behalten wollen.

Deshalb bekämpfen sie auch Seite an Seite mit den Kapitalisten sämtliche selbständigen Aktionen der Arbeiterklasse (wie die "wilden" Streiks in den letzten Monaten in Österreich bei Hukla, Engl usw.). Sie wollen damit nichts anderes erreichen, als verhindern, daß die Arbeiter Erfahrungen in selbständigen Kämpfen sammeln und sehen, daß sie so mehr erreichen können als die ÖGB-Bonzen beim Gemauschel hinter verschlossenen Polstertüren.

In der Polemik gegen H.D. läßt sich G.F. sechs Seiten lang über die Gewerkschaften aus. Theoretisch hört sich das ja ganz gut an, aber leider sieht die Praxis etwas düsterer aus. Ich muß hier darauf hinweisen (obwohl ich das den Genossen Studenten sonst nicht gerne unter die Nase reibe), daß ich Arbeiter und seit 14 Jahren Gewerkschaftsmitglied bin. In diesen 14 Jahren habe ich - trotz intensivster Bemühungen - niemals die gewerkschaftlich organisierten Massen in einer Versammlung zu Gesicht bekommen. Und nun möchte ich die Genossen Theoretiker vom KB Tirol fragen: Wo sollen die Kommunisten ihren Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierten Massen ausüben? In den Karteien der ÖGB-Sekretariate oder in den Gewerkschaftskonten der BAWAG? Denn anderswo kommen diese Massen nicht zusammen. Diese bittere Erfahrung habe nicht ich allein gemacht, sondern sie wurde mir von vielen gewerkschaftlich organisierten Genossen bestätigt.

Um Einfluß auf die Massen auszuüben, müssen wir in den Betrieben ansetzen, müssen wir mit unseren Kollegen am Arbeitsplatz oder in den Betriebsversammlungen diskutieren. Die Leninschen Zeiten, wo die Arbeiter noch in Massen zu den Gewerkschaftsversammlungen strömten, sind in Österreich vorbei. (Solche Versammlungen werden von den Bonzen ganz einfach nicht einberufen). Seht das doch endlich ein, Genossen! Wenn sich heute in der Gewerkschaft noch jemand versammelt, so sind das Funktionäre vom Betriebsratsobmann an aufwärts. Wollt ihr da eure "Massenarbeit" ansetzen?

Genossen, niemand will euch euren nichtproletarischen Standpunkt zum Vorwurf machen: aber wenn ihr jegliche praktische Erfahrung negiert, so ist das für mich nicht mehr Dogmatismus oder Buchgläubigkeit, sondern schlicht und einfach akademische Borniertheit. ●



Die Uhr geht richtig

Ein Jahr ist es her, daß die französische Uhrenfabrik "LIP" nach einer sechsmonatigen Besetzung durch die Arbeiter den normalen Betrieb wieder aufnahm. Der Betrieb war von schweizerischen Monopolkapitalisten gekauft worden und sollte nach dem Willen dieser Schweizer Herren stillgelegt werden. Die Arbeiter, die teilweise schon seit Jahrzehnten in diesem Betrieb als Facharbeiter beschäftigt waren, wollten, trotz ständiger Beschwichtigungsversuche vor allem der revisionistischen Gewerkschaften, diese Schließung des Betriebes nicht hinnehmen. Sie besetzten kurzerhand den Betrieb und setzten - was das einmalige bzw. erstmalige war - die Produktion fort und zahlten aus dem Erlös die normalen Löhne und Gehälter aus. Sie ließen sich auch nicht durch die Drohungen der Polizei und der Gerichte, die auf die "ungesetzliche und daher strafbare Handlungsweise" aufmerksam machten, einschüchtern, weil sie es verstanden hatten, die Sympathie der Bevölkerung der Stadt Besancon und darüber hinaus ganz Frankreichs für sich zu gewinnen. Die staatlichen Behörden bekamen es langsam mit der Angst zu tun, bewiesen doch die Arbeiter, daß sie für ihre Sache kampfbereit waren und darüberhinaus, daß man durchaus auch ohne Kapitalisten arbeiten könne. So mußte man sich letzten Endes doch dazu bequehmen, den Betrieb wieder "legal" laufen zu lassen.

Die siegreiche Selbsthilfe der LIP-Arbeiter machte - wie es die Bourgeois-Regierung richtig befürchtet hatte - Schule. Es häufen sich - nicht nur in Frankreich - die Betriebsbesetzungen gegen eine Stilllegung, und die Arbeiter setzen die Produktion fort.

So wollte wieder ein multinationaler Konzern, "weil eben das Geschäft zurückgeht und der Betrieb nicht rationell genug arbeitet", eine große Glasfabrik im französisch-belgischen Grenzgebiet schließen. Auch diese Belegschaft nahm und nimmt sich die Aktion der LIP-Arbeiter zum Vorbild und hält seit mehreren Wochen die Werkstätten besetzt. In machtvollen gemeinsamen Kundgebungen zogen französische und belgische Arbeiter durch die Straßen der Grenzstädte unter den Parolen: "Nein zur Schließung des Betriebes!" und "Die Fabriksherren wollen entlassen, entlassen wir die Fabriksherren!"

Immer mehr Arbeiter in Westeuropa halten sich an die Worte der "Internationale":

"Es rettet uns kein höheres Wesen, kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun! Uns aus dem Elend zu erlösen können nur wir selber tun!"

Daß es den Kapitalisten immer mehr schwummerlich wird, beweist eine Karikatur in der großkapitalistischen französischen Zeitung "Le Monde": Ein Arbeiter sitzt als Betriebsleiter da und staucht "seinen" zitternden Direktor zusammen.



In Österreich versucht das herrschende Monopolkapital ebenfalls mit der Drohung von "gefährdeten Arbeitsplätzen" den arbeitenden Menschen die Lasten der kapitalistischen Mißwirtschaft aufzubürden und weiterhin Riesenprofite zu scheffeln. Aus diesem Grund ist es auch bei uns schon zu Kurzarbeit und Betriebsschließungen gekommen. Auch die österreichischen Arbeiter dürfen sich den erpresserischen Unternehmerpraktiken nicht willenlos ergeben und auch nicht die Beschwichtigungsversuche der verräterischen Gewerkschafts-Bonzen anerkennen. Auch in Österreich müssen wir zur Selbsthilfe greifen. ●

Das „Jahr der Frau" bei Horny

Vom Horny-Betrieb der "Philips" schreibt uns eine Arbeiterin: "Wir sogenannten Halbtagsarbeiterinnen (sechs Stunden Arbeitszeit pro Tag statt acht) werden schon immer stärker ausgebeutet als die, die ganztägig arbeiten. Es gibt keine Pausen und es herrscht ein Höllentempo. So müssen wir innerhalb einer Stunde 400 (!) komplizierte Montagearbeiten durchführen. Der ganze Körper ist da in Anspruch genommen. Es ist kein Wunder, daß laufend Arbeiterinnen schlecht wird und bei dieser Arbeit richtig krank werden. Nun herrscht Krisenstimmung und man redet vom Abbau. Die niedergedrückte Stimmung nützt die Betriebsleitung aus, um uns noch mehr anzutreiben. So ist eine Erhöhung des Akkordsatzes um mehr als fünf Prozent geplant. So sieht das 'Jahr der Frau' bei Philips aus".

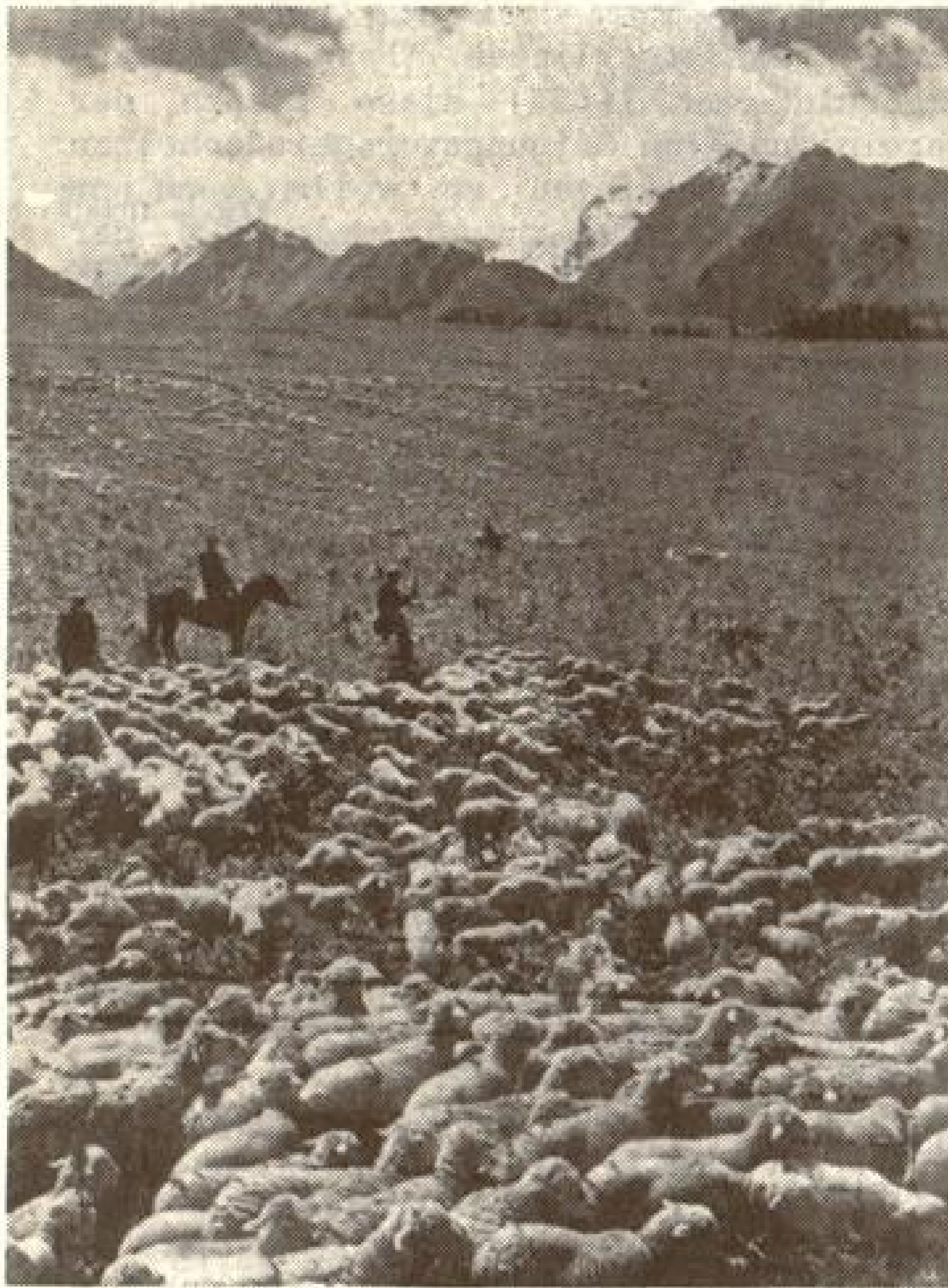
Selbstverständlich sind solche "Halbtagsarbeiterinnen" ein gutes Geschäft für die Unternehmensleitung. Wozu noch kommt, daß die Solidarität der Kollegen zu einem gemeinsamen Kampf ziemlich leicht verhindert werden kann, wird doch die eine Gruppe gegen die andere ausgespielt. Die Herren Kapitalisten sind nie verlegen, wenn es darum geht, Maßnahmen zur Profiterhöhung zu finden. Umso notwendiger ist es, eine kämpferische Einheit aller Kolleginnen und Kollegen anzustreben, um den sich immer verschärfenden Ausbeutungsmethoden der Unternehmer erfolgreich Widerstand leisten zu können. ●

Ein Leserbrief

Es ist notwendig, den zwischen den marxistisch-leninistischen Gruppen herrschenden Meinungskampf auf das Podium unserer Zeitungen zu katapultieren, um die zahlreiche Leserschaft all dieser Organe am Meinungskampf teilnehmen zu lassen. Ich finde es nicht richtig, wenn dieser nur im "stillen Kämmerlein" von einigen "Erleuchteten" ausgetragen wird. Denn es ist notwendig, daß wir die herrschenden Meinungsverschiedenheiten zu vielen Fragen vorher bereinigen, bevor wir zur formalen Einigung schreiten. Denn diese Vorstufe des Meinungskampfes und die daraus - hoffentlich - resultierende Bereinigung der verschiedenen Einschätzungen in den diversen Fragen würde ja bereits die Einigung sein. Der Rest wäre dann nur mehr "Formalität".

Es wäre ein absolut großer Fehler, mit einer Hurra-Trara-Gesinnung (entsprechend einer kleinbürgerlichen "Revolutionären-Ungeduld"-Mentalität) diese Etappe der Bereinigung von Meinungsverschiedenheiten einfach überspringen zu wollen, um nur möglichst schnell zum formalen Akt der Parteigründung zu kommen. Die Folge wäre eine "Parteimißgeburt" im revolutionären proletarischen Sinne. Wir dürfen uns keinesfalls in ein politisches Abenteuer treiben lassen. Die studentische Linke hat weltweit schon genügend "Unfug" praktiziert, die Skala reicht vom anarchistischen Antiautoritären bis hin zu trotzkistischen Entgleisungen und vom politischen Abenteurertum bis hin zum Sozialreformismus und dem "langen Marsch durch die Institutionen". Letzterer ist der studentischen Linken geradezu auf den Leib geschneidert. Es ist immer sehr erfreulich, wenn junge Menschen im revolutionären Sinn tätig sein wollen. Die Frage gilt es allerdings erst zu beantworten, ob diese Tätigkeiten auch sinnvoll sind im revolutionären Sinn. Denn wenn es den proletarischen Kräften innerhalb der revolutionären Bewegung nicht gelingt, der politischen Linie ihren Stempel aufzudrücken, dann landet die Bewegung unweigerlich in der Sackgasse. Auch das lehrt uns die Revolutionsgeschichte.

K.G., Kärnten ●



Im autonomen Kreis Ili der Kasachen, Nordwestchina. Im vergangenen Jahr feierte die Bevölkerung den 20. Jahrestag der Schaffung des autonomen Kreises.

Drucksache

An die
Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

1205 Wien
Postfach 3

70-Groschen-Marke

Treffpunkt der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (ML):

Unser Lokal, Wien 20, Universumstraße 40

Jeden Dienstag ab 19 Uhr und jeden Freitag ab 18 Uhr

Diskussionen, Schulungen, Auskunft in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen

Besucher sind uns herzlich willkommen

Minderheiten in China

China ist ein Land mit vielen Nationalitäten. Neben den eigentlichen Chinesen (den Han) gibt es 54 nationale Minderheiten. Obgleich diese "nur" sechs Prozent der chinesischen Gesamtbevölkerung ausmachen, bewohnen sie doch 50 bis 60 Prozent des ganzen Landes. Ihre Größe reicht von einigen hundert bis zu einer Million und mehr Menschen. Heute genießen die nationalen Minderheiten völlig gleiche Rechte und bilden, wo sie in kompakter Masse leben, autonome Gebiete und Kreise.

In der Geschichte Chinas war die nationale Unterdrückung ein fester Bestandteil des jeweiligen Herrschaftssystems, und die verschiedenen Nationalitäten waren nie gleichberechtigt. Im alten China bestritten Erzreaktionäre wie Tschiang Kai-schek, daß es überhaupt verschiedene Nationalitäten gäbe, und bezeichneten alle Minderheiten, die neben den Han in China leben, als deren Zweigsippen. Sie durften es oft überhaupt nicht wagen, ihre eigene Sprache zu sprechen, ihre Sitten und Bräuche wurden mit Füßen getreten. Vielfach wurden sie von den Reaktionären einfach ausgerottet.

1949 wurde nach einem mehr als 20jährigen Kampf unter der Führung der KP Chinas und Mao Tsetungs in China die Volksmacht errichtet. Seither ist die nationale Unterdrückung beseitigt, die verschiedenen Nationalitäten des Landes sind gleichberechtigt. Ein gutes Beispiel für diese allseitige Gleichberechtigung war der im Jänner in Peking abgehaltene gesamtstaatliche Volkskongreß.

Die Zugehörigen der verschiedenen Nationalitäten sahen in eben diesem Kongreß einen neuerlichen Beweis ihrer völligen Gleichstellung.

Ein Arbeiter der Miao-Nationalität Südchinas stellte nach der Tagung des Volkskongresses fest: "In der alten Gesellschaft behandelten die Gutsbesitzer und Kapitalisten uns nationale Minderheiten nicht als Menschen. Nur unter der Führung des Vorsitzenden Mao und der Kommunistischen Partei können wir uns eines glücklichen Lebens erfreuen."

Pan Su-tschen, Leiterin einer Frauenorganisation, entstammt der Puyi-Nationalität. Sie stellte fest: "In der alten Gesellschaft wagten wir nicht, unsere ethnische Herkunft zuzugeben oder in der Öffentlichkeit unsere eigene Sprache zu sprechen. Im Sozialismus sind alle Nationalitäten gleichberechtigt. Alle Minderheiten haben ihre eigenen Abgeordneten im Volkskongreß, einige wurden zu leitenden Mitarbeitern des Staates gewählt."

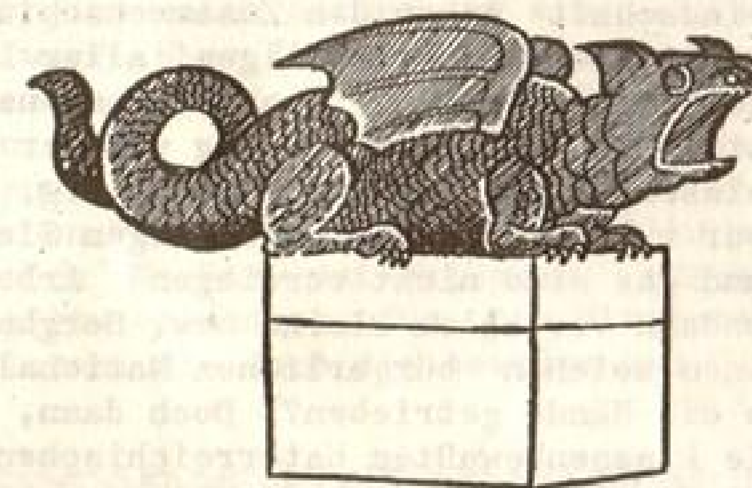
Auch eine der kleinsten Nationalitäten Chinas, die der Oluntschun, die vor der Befreiung bis auf tausend Menschen dezimiert waren, hatten einen Vertreter beim Volkskongreß. Das, so sagen die Oluntschun, beweist die Gleichberechtigung aller Nationalitäten, ob groß oder klein.

Ähnliche Stimmen ließen sich auch von den Angehörigen anderer Nationalitäten anführen. Und wenn die neue Verfassung Chinas betont: "Alle Nationalitäten sind gleichberechtigt", so entspricht das voll und ganz der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Man sieht, was für ein himmelweiter Unterschied zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus besteht. In China gibt es keine Assimilierungspolitik nationalen Minderheiten gegenüber, gibt es auch keine chauvinistische Hetze und auch keine Einschüchterungspolitik durch "Minderheitenfeststellung". In China hat eben das Volk die Macht. ●

> **Artikel 41 der Verfassung**
>
> Die Volksrepublik China ist ein einheitlicher Nationalitätenstaat. Alle Regionen mit nationaler Gebietsautonomie sind unabtrennbare Bestandteile der Volksrepublik China.
>
> Alle Nationalitäten sind gleichberechtigt. Der Großnationalitäten-Chauvinismus ebenso wie der Lokalnationalismus müssen bekämpft werden.
>
> Jede Nationalität genießt die Freiheit, ihre eigene Sprache und Schrift zu gebrauchen.

Und wie ist das bei uns?

Minderheiten in Österreich





Die Kärntner "Wahlschlacht" ist geschlagen, und an der Mandatsverteilung im Landtag hat sich nichts geändert. Die SPÖ - die 1945 in Kärnten die politische Macht aus den Händen der NSDAP und der britischen Besatzungsmacht empfangen und seither die Regierungsgeschäfte im Sinne der Bourgeoisie bestens geführt hat - hat das Rennen gemacht.

Betrachtet man nun rückschauend die Kärntner Landtagswahlen und ihre Ergebnisse, so springt sofort ins Auge, was diese Wahlen geprägt hat: der antislowenische und deutschnationale Chauvinismus. Und der Ausgang dieser Wahlen kann durchaus als ein Sieg eben dieses Chauvinismus gewertet werden.

Bereits während des Wahlkampfes haben die "Salzburger Nachrichten" z.B. festgestellt: "Die Minderheitenfrage überdeckt jedes andere Problem..." Und der Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" berichtete: "Mit einigem Staunen konstatiert der Ausländer, daß in weitesten Bevölkerungsschichten in Kärnten die Schuld am Zweiten Weltkrieg und an dessen Ausgang durchaus anders betrachtet wird - nicht nur als im Ostblock und in Jugosla-

wien, sondern auch in Westeuropa." ("NZZ" v. 1./2. III. 1975). "Anders betrachtet", nämlich im Sinne der Reinwaschung des Hitlerfaschismus und seiner Verbrechen! Und als bezeichnendes Beispiel schrieb die "Neue Zürcher Zeitung" weiter: "Wenn der als Wahllokomotive hinzugezogene Justizminister Broda in öffentlicher Versammlung beiläufig erklärt, man gedenke nicht, ehemalige Nationalsozialisten vor Gericht zu ziehen, dann ist die Versicherung der sozialistischen 'Kärntner Tageszeitung' eine Schlagzeile wert, weil damit entsprechende 'Unterstellungen' aus dem andern politischen Lager endgültig entkräftet sind." Und die Äußerung des SP-Landeshauptmanns Wagner, daß auch er ein höhergradiger Hitlerjunge gewesen sei, ist ohnehin bekannt.

All das ist eben bezeichnend für das politische Klima in Kärnten. Und wenn man bedenkt, daß sich alle drei großen Kapitalsparteien - SPÖ,ÖVP,FPÖ - auf die berüchtigte "Volkszählung besonderer Art" zur Einschüchterung der slowenischen Minderheit geeinigt haben, so ist es kein Wunder, wenn Slowenenvertreter äußern, es käme ihnen so vor, als hätte es nie ein 1945 gegeben.

Was die Rechte der Kärntner Slowenen betrifft, so hat Bundeskanzler Kreisky geäußert, die Minderheit müsse ihre Rechte unabhängig von ihrer zahlenmäßigen Stärke haben. Wenn das aber so sein soll, weshalb dann eine "Minderheitenfeststellung"? Und wenn "Minderheitenfeststellung" (die ja in der Tat dazu dient, die Minderheit zu "verkleinern" bzw. durch die Einführung der Kategorie der "Windischen" den faktisch erzwungenen Assimilationsprozeß zu forcieren), wie ernst ist dann dieses Bekenntnis zu den Rechten der Minderheit zu nehmen? Ist es nicht so, daß Druck auf die Minderheit ausgeübt wird, "daß im gegenwärtigen Fall manch ein Slowene lieber einen drohenden materiellen Nachteil in Kauf nimmt" ("NZZ" v. 1./2. März d. J.), daß gegenüber den Slowenen von der SPÖ wie auch von ÖVP und FPÖ eine effektive Assimilierungspolitik betrieben wird?

An den Landtagswahlen hat sich auch die slowenische "Kärntner Einheitsliste" (KEL) beteiligt. Sie hat über 6.100 Stimmen errungen, die höchste Zahl für eine slowenische Liste nach dem Zweiten Weltkrieg. Und das, obwohl es unter den Slowenen Leute gegeben hat, die aufgerufen haben, für die revisionistische "K"PÖ zu stimmen, und die kapitalistischen Elemente unter den Slowenen für die ÖVP eingetreten sind. Dabei gewann die KEL in einigen Gemeinden mit höherem slowenischen Bevölkerungsanteil bis zu dreißig und mehr Prozent der Stimmen.

An all dem mißt sich das Gerede, daß es "bloß eine Handvoll Slowenen" gäbe, daß die Slowenen "weitgehend assimiliert" seien und "keine nationale Identität" mehr hätten, ja daß es in Österreich überhaupt keine nationalen Minderheiten gibt, was sich schon deckt mit dem deutschnationalen Standpunkt eines Kärntner Heimatdienstes, der "bloß" noch einen Schritt weiter geht mit seiner chauvinistischen Argumentation und meint, das Slowenische sei ja überhaupt "keine eigentliche Sprache".

In diesen illustren "Ideenkreis" gehört auch das "linke" Argument, daß es in Österreich keine nationale Unterdrückung gäbe (womit gleichzeitig bestritten wird, daß Widerstand gegen die tatsächlich bestehende Unterdrückung berechtigt ist!) bzw. daß der Kampf für die nationalen Anliegen die "slowenischen Arbeiter" von ihren sozialen Anliegen, vom Klassenkampf ablenken würde; und daß die "slowenischen Arbeiter" sich um nationale Fragen nicht zu kümmern hätten, weil sie sonst einer "Einheitsfront mit ihrer Bourgeoisie" und einem "bürgerlichen Nationalismus" in die Hände getrieben würden. So etwas ist aber keine Argumentation, sondern heillose Verwirrung. "Bürgerlicher Nationalismus" ist Feindschaft gegen den Zusammenschluß der Proletarier und Werktätigen aller Länder und Nationalitäten. Dieser Zusammenschluß ist aber für die Befreiung von der Kapitalsherrschaft absolut notwendig. Wann aber würden denn die werktätigen Slowenen (und das sind nicht vorwiegend Arbeiter, sondern vor allem kleine bzw. Bergbauern) einem solchen bürgerlichen Nationalismus in die Hände getrieben? Doch dann, wenn die klassenbewußten österreichischen Arbeiter sie in ihren berechtigten nationalen Anliegen nicht unterstützen, wenn die Vorkämpfer der österreichischen Arbeiter also ihrerseits den Standpunkt der österreichischen Bourgeoisie einnähmen! Das ist aber der Fall, vertritt man eine solche Meinung, wie die oben genannte.

Die Frage, ob man für die Rechte der Kärntner Slowenen eintritt oder nicht, ist keine "kärntnerische" Frage, sondern eine Frage, welche die arbeitenden Menschen in ganz Österreich betrifft. Denn der Chauvinismus, der in Kärnten Triumphe feiert, schlägt auf die ganze österreichische Arbeiterklasse zurück. Die deutschnationale und chauvinistische Hetze wird von den Herrschenden betrieben, um die Hirne der arbeitenden Menschen zu vergiften. Sie ist eine geistige Kette, welche die arbeitenden Menschen an die Bourgeoisie schmiedet, sie ist ein Mittel, um sie vom Klassenkampf abzulenken und sie in eine Front mit ihrem Klassenfeind, mit dem Kapital zu bringen. Dieses chauvinistische Gift ist eben ein Bestandteil der Ideologie der Klassenzusammenarbeit, des Geredes von der "Gemeinschaft" der Arbeiter mit dem Kapital. "Klassenzusammenarbeit" und "Klassenversöhnung" - das heißt aber in Wirklichkeit wiederum, daß die arbeitenden Menschen alles schlucken sollen, was ihnen die Herrschenden aufbürden.

Schließlich ist das chauvinistische Gift ein Element des faschistischen Gedankenguts. Faschismus ist aber die Antwort der Kapitalisten, wenn die arbeitenden Menschen aufmucken und mit bloßen Betrugsmethoden nicht mehr niederzuhalten sind. Und die österreichische herrschende Klasse ist nicht so "harmlos" und "einfältig", daß sie sich nicht auch auf die Anwendung offener terroristischer Methoden gegen die Arbeiterschaft und gegen die arbeitenden Menschen überhaupt vorbereiten würde. Das ist eine Tatsache, die auch durch das Gerede, daß der "Faschismus jetzt nicht aktuell" sei, nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Was ergibt sich daraus für eine Schlußfolgerung? Eben diese, daß die arbeitenden Menschen in der Frage der Rechte der slowenischen Minderheit einen festen Standpunkt beziehen und den Kampf der slowenischen Volksgruppe für ihre vollen politischen Rechte unterstützen müssen. Das gilt besonders für die Marxisten-Leninisten, die doch die bewußtesten Vorkämpfer der arbeitenden Menschen sein müssen.



„Toll, was diesen Werbeleuten so alles einfällt, um in Kärnten eine Wahl zu gewinnen."

Es gibt keine Frage, wo sich ein Arbeiter "der Stimme enthält", und in allen Belangen, in denen die Arbeiterschaft nicht ihren Standpunkt vertritt, dort hat eben die Bourgeoisie mit ihrer gegen die arbeitenden Menschen gerichteten Politik Erfolg. Das ist eine Tatsache, die endlich auch von denen begriffen werden sollte, die zur nationalen Frage der Slowenen meinen, "das geht die Arbeiter nichts an". ●



Es lebe der
1. Mai,
der internationale Kampftag der Arbeiterklasse

Seit Jahrzehnten ist der 1. Mai der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. An diesem Tag bekräftigen die klassenbewußten Arbeiter in aller Welt in Demonstrationen und Kundgebungen das Bekenntnis und den Willen der Arbeiterklasse zur sozialen Revolution. Der Bourgeoisie ist es nirgends auf der Welt gelungen, diese Kampfansage an ihr Ausbeutersystem völlig zum Verschwinden zu bringen. Weder der offene Terror in den faschistischen Ländern noch die Predigt der "Klassenversöhnung" und "Sozialpartnerschaft" in den anderen kapitalistischen Ländern haben den Gedanken der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung und der Errichtung des Sozialismus und der klassenlosen Gesellschaft in der Arbeiterklasse ausrotten können.

Dieser Gedanke hielt sich so hartnäckig, weil er den Verhältnissen und ihrer Entwicklung entspricht, unter denen die Arbeiter und die Volksmassen im Kapitalismus leben müssen. Diese Verhältnisse selbst rufen der Arbeiterklasse das Ziel der sozialen Befreiung immer wieder in Erinnerung. Gerade heute ist das wieder verstärkt der Fall. Denn gerade in der Krise zeigt sich die Überholtheit und Verfaultheit des Kapitalismus besonders kraß. Die Arbeiter werden noch rücksichtsloser ausgebeutet, die Arbeitshetze steigt enorm, die Löhne werden gedrückt, die steuerliche Ausplünderung verschärft sich, Millionen Arbeiter werden auf die Straße geworfen und dienen den Kapitalisten als Reservearmee von Arbeitslosen für weitere Verschärfung der Ausbeutung, weitere Antreiberei und Lohndrückerei für die, die Arbeit haben. Die Produktion wird eingeschränkt, Maschinen werden stillgelegt und Arbeiter auf die Straße gesetzt: nicht weil die arbeitende Bevölkerung keinen Bedarf mehr hätte an den Produkten, sondern weil die Kapitalisten keinen ausreichenden Profit mehr machen können.

Diese Entwicklung hat auch in Österreich bereits eingesetzt. Die Ausbeutung in den Betrieben wird gewaltig gesteigert, Zwangsurlaube, Kurzarbeit und Entlassungen haben schon zehntausende Arbeiter in eine massive Verschlechterung der Lebenslage gestürzt. Immer deutlicher zeigen die Tatsachen, daß der Kapitalismus und der bürgerliche Staat nicht in der Lage sind, die Zukunft des Volkes zu sichern.

Diese Zukunft kann nur die Arbeiterklasse sichern, indem sie sich gegen die Kapitalistenklasse zusammenschließt, deren Staat zerbricht und an seiner Stelle ihren eigenen Staat errichtet, mit dessen Hilfe sie die Ausbeuter enteignen und den Sozialismus aufbauen kann. Nur dadurch können die Wurzeln der Ausbeutung und Entrechtung ausgerissen werden. Nur dadurch kann verhindert werden, daß die Arbeiterklasse und das Volk immer wieder durch die Krisen des Kapitalismus in Not und Elend gestürzt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß die Arbeiterklasse sich zusammenschließen auf dem Boden ihrer eigenen Interessen und ausschließlich dieser Interessen. Je rascher sie auf der ganzen Linie mit den Kapitalisten und ihrem Staat bricht und sich ihnen in jeder Frage konsequent entgegenstellt, desto rascher wird sie ans Ziel gelangen.

Im Kampf um den Sozialismus braucht die Arbeiterklasse eine eigene politische Partei, in der sich ihre klassenbewußtesten Elemente auf dem Boden des Marxismus-Leninismus zusammenschließen. Eine solche kommunistische Partei gibt es gegenwärtig in Österreich nicht; sie im Feuer des Klassenkampfes aufzubauen, ist die Hauptaufgabe der Marxisten-Leninisten und aller klassenbewußten Arbeiter.

In der gegenwärtigen Situation muß die Arbeiterklasse ihre Einheit vor allem herstellen im Kampf gegen die Verelendung, die Spaltung der Klasse und die Zerschlagung ihrer Kampfkraft in der Krise. Sie muß den Kampf gegen den Lohnraub führen und um Arbeiterrechte, die ihrer Einheit nützen, ihre Kampfbedingungen verbessern und die herrschende Klasse daran hindern, daß sie die Lasten der kapitalistischen Wirtschaftskrise auf die Schultern der arbeitenden Menschen überwälzt. Sie muß aber auch das ganze Volk um sich sammeln im täglichen Kampf gegen die Ausplünderung, Unterdrückung und Entrechtung durch den bürgerlichen Staat, im Kampf um politische Rechte des Volkes, die sie mit der eigenen Machtergreifung verwirklichen wird.

Diese Forderungen für den Kampf gegen die Folgen der Krise und gegen Unterdrückung und Entrechtung müssen zum Leitfaden für ein kämpferisches, selbständiges Auftreten der Arbeiter am 1. Mai, am Kampftag ihrer Klasse, werden. Sie sind zusammengefaßt in der Hauptlosung:

VORWÄRTS IM KAMPF UM DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES!
VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!

Für dieses Ziel kämpfen die Arbeiter aller Länder und im Kampf um dieses Ziel sind sie miteinander verbunden. Dieses Ziel verbindet sie auch mit den Völkern der 3. Welt, die den Kampf um nationale Befreiung und Demokratie führen und sich dadurch den Weg zu ihrer sozialen Befreiung öffnen.

Die Völker der 3. Welt führen den Kampf gegen die Imperialisten und Kolonialisten, insbesondere gegen die beiden Supermächte, die durch ihr Ringen um die Weltherrschaft die Völker der ganzen Welt an den Abgrund eines neuen Weltkrieges treiben. Imperialismus, Kolonialismus und die nach Weltherrschaft strebenden Supermächte sind der gemeinsame Feind der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker. Der Kampf der Völker der 3. Welt gegen diesen Feind ist bereits zu einer unwiderstehlichen historischen Strömung geworden. Er verbessert entscheidend die Bedingungen, unter denen die Arbeiter der entwickelten kapitalistischen Länder für den Sieg des Sozialismus kämpfen.

Gerade in der heutigen Zeit der raschen Vertiefung der Krise des Imperialismus und der wachsenden Gefahr eines neuen Weltkrieges müssen die Arbeiter aller Länder und die unterdrückten Völker sich eng zusammenschließen. Das soll auch am 1. Mai in Österreich zum Ausdruck kommen.

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

KB Graz, KB Linz, KB Salzburg-Hallein, KB Tirol, KB Wien, KG Klagenfurt, VRAÖ/ML ●